Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9467**

14. Wahlperiode 14. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brandner, Franz Thönnes, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Thea Dückert, Ekin Deligöz, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/9225 –

Chancen auf Arbeit für alle – Offensive in der Arbeitsmarktpolitik

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel, Dr. Irmgard Schwaetzer, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/8287 –

Für eine grundlegend neue Organisation der Arbeitsmarktpolitik

A. Problem

a) Die Bundesregierung hat sich als wichtigstes Ziel den Abbau der von der Vorgängerregierung übernommenen Rekordarbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gesetzt. Die Zwischenbilanz seit 1998 ist eindeutig positiv: So ist im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1998 und 2001 die Arbeitslosigkeit um 430 000 oder 10 % zurückgedrängt worden und es sind rund 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt beruhen weder auf einem Rückgang des Angebots an Arbeitskräften noch auf Statistikeffekten. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, den eingeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Kurs konsequent nach dem Prinzip von Fördern und Fordern fortzusetzen. Hierzu soll ein hohes Niveau aktiver Arbeitsmarktförderung zählen, solange die Arbeitslosigkeit es erfordere.

b) Die Bundesanstalt für Arbeit mit einem Haushaltsetat von 54 Mrd. Euro (2002) ist in ihrer jetzigen Struktur nicht zukunftsfähig. Deutschland bedarf dringend einer durchgreifenden Reform der Arbeitsverwaltung, die sich auf die Wirksamkeit und Effizienz ihrer Organisation und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen konzentriert. Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, die Organisation und Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nach bestimmten Maßgaben zu reformieren.

B. Lösung

a) **Annahme des Antrags auf Drucksache 14/9225 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS**

b) **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/8287 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU**

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9225 und Annahme des Antrags auf Drucksache 14/8287.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 14/9225 anzunehmen,

b) den Antrag auf Drucksache 14/8287 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2002

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett	**Wolfgang Meckelburg**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Meckelburg

I. Überweisungen, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Allgemeines

Der **Antrag** auf **Drucksache 14/9225** ist in der 239. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 2002 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Antrag** auf **Drucksache 14/8287** ist in der 239. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 2002 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

a) Antrag auf Drucksache 14/9225

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 135. Sitzung am 12. Juni 2002 auf eine Stellungnahme zu dem Antrag verzichtet.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 109. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, der Vorlage zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und eines Mitglieds der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

b) Antrag auf Drucksache 14/8287

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 109. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat beide Vorlagen in seiner 133. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und abgeschlossen.

a) Antrag auf Drucksache 14/9225

Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS angenommen.

b) Antrag auf Drucksache 14/8287

Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Antrag auf Drucksache 14/9225

Die Bundesregierung hat sich als wichtigstes Ziel den Abbau der von der Vorgängerregierung übernommenen Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gesetzt. Die Zwischenbilanz seit 1998 ist eindeutig positiv. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, den eingeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Kurs konsequent nach dem Prinzip von Fördern und Fordern fortzusetzen. Hierzu soll ein hohes Niveau aktiver Arbeitsmarktförderung zählen, solange die Arbeitslosigkeit es erfordert.

b) Antrag auf Drucksache 14/8287

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) mit einem Haushaltsetat von 54 Mrd. Euro (2002) ist in ihrer jetzigen Struktur nicht zukunftsfähig. Deutschland bedarf dringend einer durchgreifenden Reform der Arbeitsverwaltung, die sich auf die Wirksamkeit und Effizienz ihrer Organisation und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen konzentriert. Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, die Organisation und Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nach bestimmten Maßgaben zu reformieren.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechenden Drucksachen verwiesen.

III. Ausschussberatungen

Einig war sich der Ausschuss über die Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gestritten wurde über den richtigen Weg zu mehr Beschäftigung.

Die Mitglieder der **Fraktion der SPD** äußerten, der Abbau der von der Vorgängerregierung übernommenen Rekordarbeitslosigkeit könne nicht mit einer einzelnen Maßnahme erreicht werden, es komme vielmehr auf eine umfassende Gesamtstrategie mit einer engen Verzahnung der Finanz-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik an. Im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1998 und 2001 sei die Arbeitslosigkeit um 10 % zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitsplätze habe sich erhöht. Dies sei nicht auf Statistikeffekte zurückzuführen. Im internationalen Vergleich habe Deutschland eine gute wirtschaftliche Entwicklung genommen. Der Antrag mache deutlich, was seit Übernahme der Regierungsverantwortung politisch von der Koalition bewegt worden sei. Der eingeschlagene Kurs müsse nunmehr konsequent fortgesetzt werden.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** zogen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik eine katastrophale Bilanz der Arbeit der Koalition: Die Arbeitslosigkeit sei in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. Besonders in den neuen Ländern habe sie inzwischen einen dramatisch hohen Stand erreicht, im Mai sei dort die höchste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung festzustellen. Der Beschäftigungsanteil älterer Arbeitnehmer liege in der Bundesrepublik Deutschland unter dem EU-Durchschnitt. Die Jugendarbeitslosigkeit sei gegenüber dem Vorjahr um 15,6 % gestiegen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen gehe an der Realität vorbei. Selbst der neue Vorstandsvorsitzende der BA, Florian Gerster, habe im Hinblick auf den Arbeitsmarkt erklärt, die Talsohle sei noch nicht erreicht. Von den zwölf Forderungen, die der Deutsche Bundestag erheben solle, seien fünf Such- und Prüfaufträge an die Bundesregierung. Diese hätten längst von der Bundesregierung erledigt sein können. Im Antrag der Fraktion der FDP seien zwar viele richtige Aspekte enthalten, jedoch sollten die Landesarbeitsämter moderat umgestaltet und nicht – wie darin vorgesehen – einfach abgeschafft werden.

Die Mitglieder der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machten auf die Grundsätze der Koalitionsfraktionen zur Senkung der Arbeitslosigkeit aufmerksam: Insbesondere gehe es darum, die Steuern zu senken, die Innovationsentwicklung zu stützen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Im Hinblick auf haushaltsnahe Dienstleistungen sei die Frage zu stellen, wie in diesem Bereich das vorhandene Potenzial für versicherungspflichtige Beschäftigungen ausgeschöpft werden könne. Der mit dem Job-AQTIV-Gesetz eingeleitete Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik benötige Zeit; die Koalition sei aber auf dem richtigen Weg. Der Antrag der Fraktion der FDP sei ein Zusammenschnitt von bereits früher vorgelegten Anträgen und werde daher abgelehnt.

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** betonten, Deutschland bedürfe einer durchgreifenden Reform der Arbeitsverwaltung. Insbesondere sollten die Vermittlung und die Beratung neu organisiert und ein echter Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Arbeitsvermittlern geschaffen werden. Dazu sollte in der BA eine Umschichtung der Mittel erfolgen. Notwendig sei auch ein Abbau vermittlungsfremder Tätigkeit. Die drittelparitätische Selbstverwaltung der BA sei nicht zukunftsfähig und müsse reformiert werden. Die BA sollte neu strukturiert und die zehn Landesarbeitsämter abgeschafft werden. Die Arbeitsmarktpolitik sollte aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung aus- und in das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) eingegliedert werden und die BA als Bundesbehörde der Fachaufsicht des BMWi unterstellt werden. Der Kardinalfehler bei der Einführung der Vermittlungsgutscheine sei u. a., dass es keine marktübliche Entlohnung und auch keinen wirklichen Wettbewerb gebe, weil die Gutscheine nicht bei den Arbeitsämtern eingelöst werden könnten. Die Arbeitslosenhilfe müsse mit der Sozialhilfe zu einem System zusammengelegt werden. Die Bundesregierung habe in dieser Legislaturperiode die Zeit ungenutzt verstreichen lassen.

Die Mitglieder der **Fraktion der PDS** lehnten den Antrag der Koalitionsfraktionen mit der Begründung ab, die darin enthaltene Analyse sei unzutreffend. Sie treffe in ihrer positiven Bewertung nicht zu. Da auch der Antrag der Fraktion der FDP in die falsche Richtung gehe und z. B. auf eine Erhöhung der Flexibilität und die Abschaffung der Selbstverwaltung der BA abziele, werde auch dieser abgelehnt.

Berlin, den 14. Juni 2002

Wolfgang Meckelburg
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333